

Wohnungsnot in Darmstadt

Insbesondere zu Semesterbeginn sind die Zeitungen voll von Situationsberichten über die bestehende und von Jahr zu Jahr sich verschlechternde Wohnungsnot. Nach Schätzungen fehlen in der Bundesrepublik weit über 1 Million Wohnungen. In den Ballungsgebieten ist die Situation besonders schlimm. Allein durch den Abriß werden pro Jahr etwa 200000 Wohnungen zerstört. Abriß und Sanierung, sowie der ständig steigende Bedarf, werden den Fehlbestand auf 3,2 Millionen Wohnungen in diesem Jahr hochtreiben.

Dort wo die Situation besonders schlimm ist, wo Spekulanten Wohnraum zerstören, denen das Bedürfnis der unterprivilegierten Schichten nach preiswertem und bedarfsgerechtem Wohnraum völlig egal ist, werden Wohnungen und Häuser mit Recht besetzt. Auch in Darmstadt ist die Situation prekär. Dies zeigen die Hausbesetzungen in der Karlstraße oder jetzt in der Fuhrmannstraße.

Die Stadt macht in diesem Zusammenhang keinen besonders guten Eindruck.

Nutzungsverträge werden nur geschlossen, um die Gemüter zu beruhigen. Tatsächliche Lösungsansätze werden nicht ernsthaft verfolgt.

Eine wesentliche Ursache für die Wohnungsnot, ist die fehlgesteuerte Subventionspolitik der Bundesregierung. Von den 20 Millionen, die jährlich vom Staat für den sogenannten Sozialen Wohnungsbau ausgegeben werden, fließen 3/4 in den Bereich der Wohnungseigentumsförderung, allerdings nur 1/4 in den Mietwohnungsbau. Dies ist um so befremdender, als daß der Hauptbedarf gerade im Mietwohnungsbereich besteht.

Wohnungen suchen nicht die, die ausreichend Geld haben, um sich ein Haus zu bauen, sondern die, die auf Mietwohnungen angewiesen sind.





Und daß ein Bedarf da ist, ist offensichtlich. Der Vergleich der Wohnungssuchenden gegen die Wohnungsanbieter kann an jedem Wochenende in den Zeitungen nachgelesen werden. Dabei ist zu beachten, daß eine 100 qm-Wohnung in der Innenstadt kaum noch unter 1400,- DM kalt zu bekommen ist. Für einzelne Zimmer oder Mansarden müssen 300,- bis 400,- DM berappt werden. Das kann sich kein(e) StudentIn, der/die keine wohlhabenden Eltern hat, leisten.

Die bisher eingeschlagenen Lösungsvorschläge der Politiker sind fehlgeschlagen. Wohnungsbau orientiert sich nicht an den Interessen derer, die Wohnungen suchen, sondern am privatwirtschaftlichen Gewinnstreben.

Durch die falsche Geldverteilung des Staats wird diese Tendenz noch verstärkt.

Heute hat die CDU mit ihrem geänderten Mietgesetz die Bedingungen für Mieter verschlechtert, und für Vermieter wesentlich verbessert. Staffelmieten sind jetzt durchzusetzen, Kündigungen einfacher zu vollziehen.

Die Auswirkungen auf dem Wohnungsmarkt sind auch in Darmstadt schon deutlich zu spüren. Wir geben immer mehr Geld für Wohnen aus (zur Zeit etwa 15 % des Einkommens), wo doch Wohnen zu ei-

nem Grundbedürfnis gehört.

Die, die wenig verdienen, müssen prozentual mehr Miete von ihrem Einkommen abzweigen, in Zahlen zwischen 25 % und 33 %. Daß die Mietsteigerung unter der allgemeinen Preissteigerung liegt, ist schlicht falsch.

Wir fordern deshalb die Verstärkung des Wohnungsneubaus mit der Schwerpunktbildung auf dem Mietwohnungsbau. Es müssen vielmehr Mittel in den sozialen Wohnungsbau investiert werden.

Weiterhin ist eine Neuorientierung der Förderungspolitik notwendig. Insbesondere muß das unsoziale Bauherrenmodell abgeschafft werden. Es führt in Wahrheit nur zu Steuerabschreibungen für Großverdiener.

Wir setzen uns dafür ein, daß Bindungsbescheinigungen auch für Nichtverheiratete und Ausländer ausgestellt werden.

In Darmstadt muß das Wohnraumzweckentfremdungsgesetz wieder Gültigkeit bekommen.

Wohnungsabriß muß, wo es geht, verhindert werden. Alternativ müssen sinnvolle Sanierungen rationalisiert werden.

ASTA-Sozialberatung

Bei Fragen zu sozialen Themen wie Wohnungssuche, Krger mit VermieterIn, Vergünstigungen für StudentInnen etc. (außer BAföG, s.o.). ASTA-Sozialberatung, ASTA-Stadtmitte, di ab 12^u, in den Semesterferien nach Vereinbarung.